

Kapitel 8

Überlegungen zum Start der „No Hate Speech“-Kampagne

Antonia Wulff⁴⁰

Wir wollten drei Ziele erreichen: Erstens uns dem Anstieg des Rechtsextremismus entgegensetzen, vor allem online, wo er seine Botschaften erfolgreich verbreitete, neue Mitglieder gewann und andere einschüchterte. Online-Räume und -Diskussionen wurden immer hasserfüllter, mit weitreichenden Konsequenzen für unsere Gesellschaften.

Zweitens wollten wir neue Wege erkunden, um in diesem Kontext mit jungen Menschen zu arbeiten und sie zu unterstützen. Nicht, dass die Werte des Europarats – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – irrelevant wären, aber manche Ansätze für die Verteidigung dieser Werte schienen veraltet, angefangen bei einer unserer Auffassung nach künstlichen Trennung zwischen Online- und Offline-Welt.

Drittens wollten wir die Gleichsetzung junger Menschen mit der Opferrolle in Frage stellen und zeigen, dass man gleichzeitig schutzbedürftig sein und zu denen zählen kann, die ideal positioniert sind, um den Status quo herauszufordern und zu verändern. Uns inspirierte die Arbeit, die Jugendorganisationen und -netzwerke bereits gegen Hassrede (hate speech) leisteten, indem sie zum Beispiel rassistische Websites meldeten und die Polizei in der Erkennung neonazistischer Graffitis schulten.

Die Diskussionen innerhalb des Beirats zu Jugendfragen fanden im breiteren Kontext einer Reform des Europarats statt. Alle Arbeitsbereiche des Europarats wurden ermutigt, neue Handlungsansätze zu identifizieren. Im Rahmen dieses Reformprozesses ist der Jugendsektor gefragt worden, was sein Mehrwert war. Wir waren tief

40 Die Verfasserin war von 2009 bis 2011 Vorsitzende des Beirats zu Jugendfragen. Der Vorschlag für die „No Hate Speech“-Kampagne stammt aus der Amtszeit des Beirats für 2009–11. Die Bewegung wurde vom Gemeinsamen Jugendrat unterstützt und vom Europarat 2013 offiziell lanciert.

getroffen und fühlten uns völlig missverstanden: Wie konnte man Einfluss und Wirkung des Jugendsektors nur so verkennen?

Daher begannen wir ein Projekt zu entwickeln, das junge Menschen in der Bekämpfung von Online-Hassrede unterstützen würde. Wir wollten Kapazitäten aufbauen, um Hassrede, rassistische Rhetorik und Symbole besser zu erkennen, den Unterschied zwischen Hassrede und freier Meinungsäußerung zu verstehen und Informationen über die Gesetzeslage und Mechanismen zur Meldung von Hassrede in verschiedenen europäischen Ländern bereitzustellen. Wir wollten Instrumente für ein Online-Monitoring, -Berichte und -Aktivitäten entwickeln und teilen, Peer-Training anbieten und eine Gemeinschaft von Aktivistinnen und Aktivisten aufbauen. Wir nannten das Projekt die „Online Human Rights Defenders“ – Online-Verteidiger der Menschenrechte.

Bis dahin hatte sich der Europarat kaum mit der Frage von Online-Hassreden befasst, obwohl diese eine zentrale Gefahr für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit darstellt. Wir waren überzeugt, dass wir durch die Zurückforderung des Internets als öffentlichen Raum die Werte und Arbeit des Europarats in greifbare Ergebnisse für den Lebensalltag junger Menschen umsetzen können. Zugleich sollte die institutionelle Arbeit nicht nur einen breiteren Rahmen schaffen, sondern auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit fördern, da sich verschiedenste Akteure gemeinsam, wenngleich mit unterschiedlichen Instrumenten, für dieselbe Sache einsetzen würden.

Während wir den rechtlichen Charakter und die rechtliche Definition von Hassrede als Stärken betrachteten, waren wir uns doch ihrer Grenzen bewusst, insbesondere in Anbetracht der verschiedenen rechtlichen Rahmen in den einzelnen Ländern. Im schlimmsten Fall würde unser Aktivismus durch Meinungsverschiedenheiten darüber, was Hassrede tatsächlich ist, eingeschränkt und gebremst werden. Im Idealfall würden dagegen die verschiedenen rechtlichen Rahmen unsere Bemühungen unterstützen und ihnen zusätzliche Munition verleihen.

Dies war in Anbetracht des Risikos besonders wichtig, dass im Rahmen des Projekts Hassrede indirekt als Symptom individuellen Unwissens und individueller Bildungsferne dargestellt und die ideologische Natur vieler rechtsextremer Bewegungen geleugnet werden könnte. Dies wiederum könnte den Eindruck vermitteln, dass man der Problematik einfach anhand von freundlichen antirassistischen oder pädagogischen Menschenrechtsprojekten begegnen könnte. Wir müssen selbstverständlich den Dialog als Werkzeug der Transformation fördern und unterstützen, aber das Phänomen der Hassrede hat politische und strukturelle Wurzeln, die wir auch als solche angreifen müssen.

Die Unterstützung durch eine zwischenstaatliche Menschenrechtsinstitution wie den Europarat bildete daher einen Schlüsselaspekt der Kampagne. Doch dies verlangte sowohl von der Organisation als auch von ihren Mitgliedstaaten eine Intensivierung ihrer entsprechenden Tätigkeit: Wir brauchten sie nicht nur, um Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zu unterstützen und schützen, sondern vor allem um dafür zu sorgen, dass es zu Missbrauch und Verletzungen von Menschenrechten gar nicht erst kommen würde. Wir erwarteten für unsere Verteidi-

gung der Menschenrechte nachdrückliche Unterstützung auf höchster politischer Ebene.

Wir konnten nicht ahnen, dass die Regierungen mancher Mitgliedstaaten zu einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Europa beitragen würden, indem sie Politiken verfolgten und eine Rhetorik verwendeten, die sowohl online als auch offline zur Normalisierung von Hassrede beitrugen. Leider wird die „No Hate Speech“-Kampagne heute dringender gebraucht denn je.

„NO HATE SPEECH“-KAMPAGNE

Ein Beitrag des Europarats

Menno Etemma, Koordinator der „No Hate Speech“-Kampagne

Die „No Hate Speech“-Kampagne, die Jugendkampagne für Menschenrechte und gegen Online-Hassrede, gilt seit ihrem Start im Jahr 2013 als prioritäres Projekt des Europarats.

Die zunehmende Integration des Internets in unser tägliches Leben erfordert es selbstverständlich, dass unsere Menschenrechte auch online gewährleistet werden. Das Internet gibt uns neue Möglichkeiten, unsere Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlung, die Bildung neuer Gemeinschaften und das Lernen voneinander ohne Einschränkung durch praktische Hemmnisse wie Reisekosten oder Visumsanforderungen wahrzunehmen. Zugleich gestattet es jedoch Einzelnen und Gruppen, durch Online-Hassrede Diskriminierung und Intoleranz voranzutreiben. Hassrede ist keine neue Menschenrechtsproblematik, aber Online-Hassrede hat das Problem um eine neue Dimension erweitert, da sie rund um die Uhr stattfindet und schwierig zu überwachen, zu messen und zu verhindern ist.

Unsere Meinungsfreiheit und die Freiheit, voll und gleichberechtigt an demokratischen Gesellschaften teilzuhaben, das heißt volle, gleichberechtigte Mitglieder einer von Diskriminierung und Angst vor Gewalt freien europäischen Gesellschaft zu sein, bilden den Kern dessen, was der Europarat für alle Europäerinnen und Europäer verwirklichen möchte. Der Europarat setzt sich daher mit den Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen seiner Mitgliedstaaten für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa ein.

In seiner Empfehlung CM/Rec(2014)6 über einen Leitfaden zu Menschenrechten für Internetnutzer/-innen macht das Ministerkomitee des Europarats schon im ersten Artikel deutlich, dass die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Menschenrechte und Grundfreiheiten auch im Kontext der Internetnutzung gelten. Die 47 Mitgliedstaaten des Europarats sollen daher sicherstellen, dass wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht auf Privatleben und das Recht auf Zugang zu Informationen frei von Cyberkriminalität voll genießen können.

Es werden schließlich immer mehr öffentliche Dienste im Rahmen von Online-Tools bereitgestellt, darunter die Bezahlung von Steuern oder die Beantragung von Sozialdienstleistungen ebenso wie öffentliche Debatten und Konsultationen. Wir suchen im Internet über Online-Zeitungen Nachrichten, nutzen aber auch soziale Medien als Informationsquelle. Viele dieser neuen Kanäle sind interaktiv: Leser/-innen können Kommentare einstellen und zum Informationsaustausch beitragen. Leider sehen wir online nur allzu oft Äußerungen von Hass, der sich gegen Einzelne ebenso richtet wie gegen Gruppen, nur weil sie als anders empfunden werden oder eine andere Meinung vertreten.

Hassrede gegen Frauen, zum Beispiel Journalistinnen oder Politikerinnen, ist ein eindeutiges Beispiel. Für unsere Kampagne bezeichnen wir diese Hassrede gegen Frauen als sexistisch, weil sie sich nicht gegen von Frauen ausgedrückte Inhalte richtet, sondern Frauen einfach deshalb attackiert, weil sie es wagen, als Frauen eine Meinung zu vertreten. Sexistische Hassrede möchte Frauen erniedrigen und objektivieren, ihren Ruf zerstören und sie ins Schweigen und in die Unterwerfung abdrängen. Diejenigen, gegen die sich Hassrede richtet, fühlen sich oft bedroht und geben allzu oft ihre Online-Beteiligung auf. Hassrede untergräbt so das Recht auf freie Meinungsäußerung und Gleichheit (zum Beispiel die Gleichstellung der Geschlechter). Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul) geht auf Online-Sexismus und sexistische Hassrede ein und erkennt diese als Form von Gewalt gegen Frauen an. Die Strategie des Europarats für die Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützt Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ebenfalls in der Auseinandersetzung mit sexistischer Hassrede und fördert unter anderem Frauen in den Medien. Sexistische Hassrede ist daher einer der thematischen Schwerpunkte der „No Hate Speech“-Kampagne. Hassrede kann sich jedoch gegen jede und jeden richten. Wir setzen uns daher weiterhin gegen antisemitische Hassrede, Hassrede gegen Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen, islamfeindliche Hassrede, homophobische Hassrede und romafeindliche Hassrede ein.

Für die Auseinandersetzung mit Hassrede bedarf es eines mehrschichtigen Ansatzes, der verschiedene Stakeholder mit einbezieht. Verschiedene Sektoren des Europarats arbeiten daher im Rahmen dieser Kampagne zusammen, um Bewusstsein zu fördern, Bildungsprojekte durchzuführen und die Umsetzung von Menschenrechtsabkommen und -verträgen zu unterstützen. Während des letzten Aktionstags gegen Hassrede über Flüchtlinge am 20. Juni 2015 arbeiteten wir mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs des Europarats für Migration und Flüchtlinge und verschiedenen anderen Kampagnenpartnern zusammen, um das Bewusstsein dafür zu fördern, dass Flüchtlinge nicht nur ein Menschenrecht auf die Beantragung von Asyl zum Schutz vor Gewalt und Verfolgung haben, sondern auch das Recht auf ein faires Verfahren, faire Behandlung, angemessene Unterbringung und Unterstützung in ihrer Sprache usw. Wir arbeiteten im Rahmen der „No Hate Parliamentary Alliance“ zudem mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an einer Aktion gegen politische Hassrede über Flüchtlinge. Die Ankunft so vieler neuer Menschen in einer Gemeinschaft führt ganz natürlich zu Fragen und Bedenken, und daher organisierten die Kampagnenpartner (Bildungs-)

Aktivitäten zur Förderung der interkulturellen Kommunikation und des Verständnisses zwischen Menschen in ganz Europa.

Für uns als Jugendkampagne liegt einer unserer Schwerpunkte auf Menschenrechtsbildung, um das Wissen junger Menschen über die Risiken von Hassreden für Menschenrechte und Demokratie zu erweitern, und sie zu befähigen, Hassrede abzulehnen und Menschenrechte online zu fördern. Unterstützung leistet *Bookmarks*, ein Handbuch zur Bekämpfung von Hassrede durch Menschenrechtsbildung, das sich an Jugendarbeiter/-innen, Pädagogen und Pädagoginnen und jungen Führungspersonlichkeiten richtet. Das Handbuch wurde im Rahmen der Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (EDC/HRE – Charta des Europarats zur Demokratie und Menschenrechtsbildung) für alle jungen Menschen in Europa entwickelt. Das Programm stützt sich auf die Veröffentlichungen *Compass*, einem Handbuch zur Menschenrechtsbildung bei Jugendlichen, *Gender Matters*, einem Handbuch zum Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt gegen junge Menschen, und *Mirrors*, einem Handbuch zur Bekämpfung von Romafeindlichkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Alle diese Handbücher finden in den Bildungsaktivitäten der Kampagne Verwendung.

Die „No Hate Speech“-Kampagne ist nicht die erste Kampagne des Jugendsektors des Europarats, die sich gegen Diskriminierung richtet. 1995 wurde die erste „All Different, All Equal“-Kampagne („Alle anders, alle gleich“) lanciert, an deren Erfolg sich 2006 eine weitere einjährige Folgekampagne anschloss. Die Erfahrungen, Handbücher und Praktiken dieser Kampagnen sind auch heute noch relevante Werkzeuge gegen Hassrede.

Unsere Arbeit in der Bewusstseinsbildung und Bildung steht natürlich nicht für sich alleine. Eine mit Jugendlichen und für Jugendliche entwickelte Jugendpolitik ist für ihren Erfolg entscheidend. Der Jugendsektor des Europarats strebt eine verstärkte Kooperation an, um die Jugendpolitik in seinen Mitgliedstaaten voranzutreiben und zu harmonisieren sowie Qualitätsmaßstäbe für ihre Umsetzung zu definieren. Jugendliche sollen so durch „Chancengerechtigkeit und Erfahrungen befähigt werden, die Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln, die sie für die volle Beteiligung an allen Aspekten der Gesellschaft brauchen“ (Agenda 2020 2008).

Die Kampagne möchte daher, dass alle Mitgliedstaaten die Charta des Europarats zur Demokratie und Menschenrechtsbildung umsetzen und dabei Informationen über die Menschenrechte von Internetnutzerinnen und -nutzern mit einbeziehen. Dies ist tatsächlich nicht sehr schwierig, da sich das Kampagnen-Handbuch *Bookmarks* problemlos und mit potenziell umfassender Wirkung integrieren ließe.

Die Kampagne unterstützt weiter die Umsetzung der Allgemeinen politischen Empfehlung Nr. 15 über die Bekämpfung von Hassrede der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats. Diese Empfehlung stellt Leitlinien zum Verständnis dessen bereit, was Hassrede, Aufstachelung und freie Meinungsäußerung bedeuten. Auf politischer Ebene empfiehlt sie, Personen des öffentlichen Lebens zu raschen Reaktionen auf Hassrede zu ermutigen, politischen Parteien, die aktiv Hassrede gebrauchen, jegliche Unterstützung zu ent-

ziehen, die Selbstregulierung der Medien zu fördern und die Öffentlichkeit für die gefährlichen Konsequenzen von Hassrede zu sensibilisieren.

Es ist wichtig, dass mehr Länder die Zusatzprotokolle zum Budapester Übereinkommen über Computerkriminalität unterzeichnen, die auf die Kriminalisierung rassistischer und fremdenfeindlicher, mit Hilfe von Computersystemen begangener Handlungen abzielen. Die Kampagne leistet weiter einen Beitrag zur Strategie des Europarats zur Internet Governance, die sich für eine offene, integrative, sichere und befähigende Online-Umgebung ausspricht. Wir sind der Ansicht, dass junge Menschen an den Entscheidungen zur Internet-Governance als aktive Partner/-innen beteiligt werden sollten.

Wie können junge Menschen also mit einbezogen werden? Die „No Hate Speech“-Bewegung ist zwar eine Jugendkampagne des Europarats, aber sie besteht aus nationalen Kampagnen in über 43 Ländern in Europa sowie Marokko, Quebec und Mexiko, wo sie in Zusammenarbeit mit mehr als 60 europäischen Partnern und Online-Aktivist(inn)en umgesetzt wird. Die nationalen Kampagnen werden unter aktiver Beteiligung von Jugendorganisationen, Menschenrechts-NGOs und Regierungsvertreterinnen und -vertretern durch nationale Aktionskreise oder -gruppen umgesetzt. Dieser Ansatz gewährleistet, dass nationale Kampagnen an nationale Kontexte und Sprachen angepasst werden können.

Wir organisieren gemeinsam Bildungsaktivitäten, Konferenzen, Jugendveranstaltungen, Jugendcamps, Straßenaktionen und Festivals. Offline-Veranstaltungen in bestimmten Ländern werden auf der Kampagnen-Website unter www.nohatespeechmovement.org und den Facebook-Seiten der nationalen Kampagnen (siehe www.nohatespeechmovement.org/ncc) aufgeführt. Online-Aktivitäten sind auf der Kampagnen-Website und unter www.facebook.com/nohatespeech aufgelistet; auf Twitter wird der Hashtag #nohatespeech verwendet. Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen:

- ▶ Die Online-Kampagnenplattform www.nohatespeechmovement.org bildet einen offenen Raum für selbst produzierte Video- und Fotonachrichten junger Menschen verschiedenster Altersstufen über ihre persönlichen Erfahrungen mit Hassrede. Nutzer/-innen der Plattform können den Newsletter abonnieren und Informationen über eine aktive Teilnahme an der Kampagne erhalten.
- ▶ Hate Speech Watch – www.hatespeechwatch.org – ermöglicht es Nutzerinnen und Nutzern, Links zu Hassrede-Inhalten im Internet einzustellen. Nutzer/-innen können gepostete Mitteilungen taggen und kommentieren. Die Website enthält auch Gegen-Narrative und Informationen über nationale Mechanismen zur Meldung von Hassrede.
- ▶ Über das Blog Campaign in Action – www.nohatespeechmovement.org – können Nutzer/-innen auf nationaler und europäischer Ebene Informationen hochladen und Aktivitäten teilen. Das Blog schafft so einen Überblick über die Arbeit von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Partnerinnen und Partnern der Kampagne.

Menschenrechte und demokratische Beteiligung im Internet gehen uns alle an, und Hassrede kann sich gegen uns alle richten. Schweigen ist keine Option, denn Schweigen lässt es zu, dass Hassrede sichtbar bleibt und sich verbreitet.

DIE „NO HATE SPEECH“-KAMPAGNE IN UNGARN

Interview mit Ivett Karvalits, Koordinatorin der Kampagne in Ungarn

Warum war es wichtig, dass die Kampagne in deinem Land lanciert wurde?

Aufgrund von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Vorurteilen entstehende Hassgefühle, Aufstachelung zum Hass und Hassrede gegen schutzbedürftige Gruppen in der Gesellschaft gehören online wie offline zu den wichtigsten Problemen unserer Zeit. Dieses Phänomen ist in Ungarn weit verbreitet und hat sich im Lauf der letzten zehn Jahre aufgrund der Folgen der Wirtschaftskrise noch verschlimmert: Hohe Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Berufsaussichten, Armut, fehlende politische Bildung, ein Demokratiedefizit und Radikalisierung gehen Hand in Hand mit der Darstellung marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen als Sündenböcke. All dies hat zu einem Klima der Intoleranz beigetragen.

Den Daten eines 2012 veröffentlichten ungarischen Jugendberichts zufolge verbringt die ungarische Jugend einen signifikanten Teil ihres sozialen Lebens online, in einer virtuellen Welt voller Risiken, Herausforderungen, missverständlicher Informationen und Mitteilungen. Hasserfüllte Inhalte, das heißt Hassrede bzw. die Erstellung oder das Teilen solcher Inhalte, bilden eines dieser Risiken. Cybermobbing, Beschimpfungen und verbale Gewalt in der Online-Welt zählen zu den negativsten Auswirkungen der aktiven Präsenz junger Menschen im sozialen virtuellen Raum und können bei Einzelnen ebenso wie in der Gemeinschaft konkrete physische und psychische Schäden verursachen.

Die jüngste Migrationskrise hat diesen Stimmen des Hasses einen Vorwand gegeben, und sie wurden dann von Ungarns führenden politischen Parteien durch die offene Ablehnung von Flüchtlingen und das oft wiederholte Narrativ eines auf einer homogenen Kultur aufbauenden Nationalstaats legitimiert. Öffentliche Umfragen zeigen, dass die radikalste rechtsextreme politische Partei die unter ungarischen Jugendlichen populärste Partei ist, wenngleich politisches Bewusstsein und politische Teilhabe bei ihnen allgemein sehr gering ausgeprägt sind. Dies ist bedauernd, aber politische und Menschenrechtsbildung gehören in Ungarn in der öffentlichen Bildung einer Grauzone an. Lehrkräfte sind auf diesem Gebiet nicht ausreichend in innovativen, effektiven Methoden geschult, und es mangelt an Ressourcen für geeignete Lehrpläne. Politische Bildung gehört außerdem nicht als unabhängiges Fach zum Kernbereich der Lehrpläne und wird von Schulen bei der Auswahl außerschulischer Aktivitäten nicht priorisiert.

Deshalb ist die „No Hate Speech“-Kampagne in Ungarn hinsichtlich ihrer Zielsetzungen für Demokratie und Menschenrechtsbildung so wichtig. Unser Ziel ist es,

eine Kultur der Menschenrechte zu verbreiten und die Öffentlichkeit – vor allem auch junge Menschen – hinsichtlich der Bedeutung der Menschenrechte online wie auch offline zu sensibilisieren. Wir versuchen, zur Entwicklung einer integrativen, respektvollen Jugend- und Schulkultur beizutragen, auf die Bedeutung von Online-Communities im Leben junger Menschen aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für die Risiken und Verantwortlichkeiten von Online-Handlungen und -Meinungsäußerungen zu fördern. Wir möchten junge Menschen darin bestärken, kritisch zu denken, überlegte Entscheidungen zu fällen und sich für die Werte einzusetzen, die wir alle vertreten und respektieren. Wir möchten außerdem auf Organisationen und Fachleute zugehen, die in der formalen und nicht formalen Bildung mit jungen Menschen arbeiten, und sie in unsere Arbeit für diese Ziele mit einbeziehen.

Kannst du ein Beispiel für die positive Wirkung der Kampagne auf lokaler oder nationaler Ebene geben?

Ungarn trat der „No Hate Speech“-Kampagne im März 2013 bei. Es wurde ein Aktionskreis mit Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Jugendorganisationen (auch Mitgliedern des Nationalen Jugendrings) gegründet, der sich aktiv für die Sensibilisierung junger Menschen für Menschenrechte, Internetsicherheit und aktive Staatsbürgerschaft einsetzt. Dies geschieht anhand von Veranstaltungen, Schulungen, Online- und Offline-Aktionen und informellen Aktivitäten zu verschiedenen Themen der Kampagne, zum Beispiel Solidarität mit den Zielgruppen von Hassrede, Gegen-Narrative zur Hassrede, Schutz von Menschenrechten und Bildung für aktive Beteiligung.

In den vergangenen drei Jahren wurden im Rahmen der Kampagne zehn nationale Schulungen organisiert, an denen über 150 Jugendarbeiterinnen, Jugendarbeiter und Jugendliche teilnahmen; außerdem wurden von Jugendlichen landesweit sieben kommunale Modellprojekte entwickelt. Dazu kam ein nationales Online-Preisausschreiben zur Demokratie, das der Kampagne gewidmet war und in dessen Rahmen sich 20 Sekundarschulen und Schulgemeinschaften an entsprechenden Aktivitäten beteiligten. Wir organisierten eine Roadshow für Ungarns führende Universitäten, bei der wir Vorlesungen und Podiumsdiskussionen abhielten, um Studierende für Online-Menschenrechte zu sensibilisieren. Die Mitglieder des Aktionskreises nehmen an internationalen Kooperationsveranstaltungen teil, und es wurden bereits verschiedene internationale Jugendbegegnungen, Schulungen und Seminare organisiert. Die Kampagne hat darüber hinaus zehn Videobotschaften produziert, darunter einen Popsong samt Videoclip über die Kampagne, und drei Flashmobs organisiert. Sie erreicht so hunderte junger Menschen ebenso wie die breitere Öffentlichkeit mit Botschaften zur Unterstützung der Menschenrechte. Einigen der Modellprojekte, darunter eine Wander-Fotoausstellung und verschiedene Aktionen in Form von unsichtbarem Straßentheater, wurde breitere öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Junge ehrenamtliche Aktivistinnen und Aktivisten stellten die Kampagne auch auf großen Sommerfestivals vor. Zu den aktiven Partnern der Kampagne zählen nationale Jugendorganisationen, kommunale

Jugendclubs und -zentren, kommunale Selbstorganisationen Jugendlicher und in der Menschenrechtsbildung und im Jugendbereich tätige NGOs.

Hinsichtlich unserer Wirkung gehen wir davon aus, dass die Jugendlichen, die an der Umsetzung von Aktivitäten und Projekten der Kampagne mitarbeiten, ihre sozialen und organisatorischen Kompetenzen ausbauen und in ihren örtlichen Gemeinschaften eine aktivere Rolle spielen. Jugendliche, an die sich die Aktivitäten richten bzw. die von ihnen erreicht werden, zeigen für ihre Online- und Offline-Handlungen gegenüber verschiedenen schutzbedürftigen Gesellschaftsgruppen größere Verantwortlichkeit und sind sich der Bedeutung von Menschenrechten sowie der Risiken und Konsequenzen von Online-Hassrede stärker bewusst.

Welche Herausforderungen haben sich dir gestellt?

Der ungarische Aktionskreis wurde vom Ministerium für Humanressourcen gegründet und besteht aus NGOs oder Jugendorganisationen, die finanziell von Mitteln verschiedener Geberinstitute abhängig sind. Die Kampagne erhielt von Anfang an keine staatliche finanzielle Unterstützung, und so wurde alle Arbeit der beteiligten Organisationen von ihnen selbst aus eigenen Mitteln oder aus Projektmitteln finanziert, die sie hauptsächlich im Rahmen von Zuschüssen der EU oder des Europarats erhielten. Ungarische NGOs sind diese Situation gewöhnt, aber sie ist für die Planbarkeit, Kontinuität und Nachhaltigkeit der Kampagne nicht hilfreich. Trotz alledem wurden viele hervorragende Initiativen umgesetzt, und seit 2016 erhält der Aktionskreis für seine grundlegende Tätigkeit von der Jugendabteilung des Ministeriums für Humanressourcen ein Jahresbudget.

Eine weitere Herausforderung besteht in der sensiblen Natur der von uns angesprochenen Themen und der Frage, wie wir diese jungen Menschen gegenüber vermitteln. Bei unseren Versuchen der Zusammenarbeit mit Organisationen, die mit Zielgruppen des Hasses oder anderen Organisationen mit jahrelanger Erfahrung im Schutz von Menschenrechten arbeiten, wurden die Tiefe und Wirksamkeit einer „Jugendkampagne“ wie der unseren immer wieder in Frage gestellt oder angezweifelt. Die von uns eingesetzten Bildmaterialien und Botschaften und die Dominanz sozialer Medien in unserer Kampagne, die wir in der Kommunikation mit einer jugendlichen Zielgruppe als Vorteile sehen, werden manchmal als oberflächlich und banal abgetan. Bei unseren ersten Kontakten mit neuen Stakeholdern mussten wir diese oft erst von der Legitimität und Notwendigkeit unserer Aufgabe und Methoden überzeugen. Zugleich wird uns, unseren Aktivitäten und Botschaften vonseiten junger Menschen allerdings auch große Offenheit entgegengebracht, vor allem auch dem Logo unserer Bewegung, das in Ungarn zunehmend größeren Erkennungswert gewinnt.

DIE „NO HATE SPEECH“-KAMPAGNE IN BELGIEN

Interview mit Manu Mainil, Koordinatorin der Kampagne in Belgien

Warum war es wichtig, dass die Kampagne in Deinem Land lanciert wurde?

Im französischsprachigen Belgien wie auch anderswo entwickeln sich unsere vielfachen Identitäten in der virtuellen Welt kontinuierlich weiter. Diese virtuelle Welt bildet einen integralen Bestandteil der realen Welt, und unsere Verbindung zum Internet folgt uns schattengleich überallhin. Junge Menschen handeln mit umso größerer Wahrscheinlichkeit in Form von Imitation und Replikation von Verhaltensweisen, die sie im Internet sehen. Mehrere Umfragen bestätigen, dass junge Menschen Online-Hassrede tagtäglich (in Form von Bildern, Texten, Videos usw.) begegnen und nicht unbedingt wissen, wie sie reagieren sollen oder an wen sie sich um Hilfe wenden können.

Daher hielten wir es für unerlässlich, die Kampagne in Belgien zu lancieren, um jungen Menschen aktive, kritische, kreative und unterstützende Online-Bürgerschaft näher zu bringen und ihren erwachsenen Vorbildern (Pädagoginnen, Pädagogen, Eltern, Lehrkräfte usw.) pädagogische Ressourcen an die Hand zu geben, anhand derer sie selbstständig Sensibilisierungsaktionen organisieren und so ein Klima des Vertrauens und Respekts schaffen können.

Seit März 2013 hat unsere Plattform für Vereine, Aktivistinnen und Aktivisten intensiv an der Entwicklung verschiedener Tools (Bilder, Spiele, Videos usw.) gearbeitet und vielfältige Aktivitäten organisiert (bürgernahe Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Schulungen, Seminare usw.).

Kannst Du ein Beispiel für die positive Wirkung der Kampagne auf lokaler oder nationaler Ebene geben?

Die Kampagne gegen Hassrede hat uns den Aufbau eines riesigen Netzes an Akteuren ermöglicht, die bereit und entschlossen sind, sich aktiv für den Schutz von Menschenrechten online einzusetzen.

Seit November 2015 ist diese Netzwerkarbeit aufgrund von Impulsen des Internationalen Jugendwerks, das die Kampagne mittlerweile koordiniert, beträchtlich gewachsen und deutlich diverser geworden. Wir haben jetzt eine bessere Vorstellung davon, was vor Ort passiert, und dies wiederum gibt uns eine solide Basis für den Aufbau intersektoraler Partnerschaften und eine deutlich stärkere Profilierung.

Unsere Plattform von Vereinen, Aktivistinnen und Aktivisten hat heute 350 Mitglieder. Sie fungiert als Experimentierfeld und ermöglicht es so, eigene Bedürfnisse auszudrücken, sich über beste Praktiken auszutauschen, Dokumentation zusammenzustellen, Schulungen und praktische Werkzeuge zu nutzen und für bestimmte Veranstaltungen gemeinsam aktiv zu werden.

Welche Herausforderungen haben sich dir gestellt?

Die größte Herausforderung ist zweifellos das sich kontinuierlich verändernde digitale Umfeld. Durch die Multiplikation von Plattformen und Anwendungen müssen wir ständig in einer Vielzahl von Kontexten auf dem Laufenden sein, darunter Sicherheitseinstellungen und Vertraulichkeit, Interaktionsmöglichkeiten zwischen Nutzern und Meldemechanismen.

Dies wirkt sich darauf aus, wie Menschen, die Jugendliche unterstützen, das Problem von Online-Hass angehen: Anfänglich fühlen sie sich tendenziell mit den neuen Technologien unwohl, die sich ständig weiterentwickeln. Daher ist es für unsere Sensibilisierungsaktivitäten unerlässlich, dass wir uns mit dieser Thematik auseinandersetzen und Möglichkeiten schaffen, um die Nutzung von Computern und Smartphones durch junge Menschen ohne Scheu zu diskutieren.

Für uns ist es entscheidend, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu äußern und zum Teil sensible Themen zu diskutieren. Dabei verfolgen wir notwendigerweise einen objektiven Ansatz und sind uns dessen voll bewusst, dass alles, was in der virtuellen Welt geschieht, Auswirkungen auf uns als Einzelpersonen hat. Diese Auswirkungen können negativ oder sogar dramatisch sein, aber es ist nie zu spät, um Trends umzukehren und das Internet – dieses formidable Instrument – zu nutzen, um jede Form der Diskriminierung zu bekämpfen!

DIE „NO HATE SPEECH“-KAMPAGNE IN IRLAND

Interview mit Anne Walsh, Kordinatorin der Kampagne in Irland

Warum war es wichtig, dass die Kampagne in deinem Land lanciert wurde?

Der Nationale Jugendring lancierte die „No Hate Speech“-Kampagne in Irland als Reaktion auf einen Aufruf des Kampagnen-Teams im Europarat. Mein erster Gedanke war, dass wir in Irland im Vergleich zu anderen Ländern Europas nicht viel Hassrede sehen, weil wir glücklicherweise keinen rechtsextremen politischen Flügel haben. Aber sobald man nur ein wenig an der Oberfläche kratzt, gibt es in Irland genauso viel Hassrede wie überall sonst. Das ist besonders im Hinblick auf die fahrenden Traveller erkennbar, unsere indigenen, traditionell nomadischen Mitbürger/-innen, die offen diskriminiert werden. (In Kontinentaleuropa werden die irischen Traveller von der breiteren Bezeichnung „Roma“ oder „Fahrende“ mit erfasst.) Wir haben zudem einen signifikanten Anstieg der Islamfeindlichkeit festgestellt, und natürlich besteht auch das endemische Problem sexistischer Hassrede.

Als wir erstmals an der Kampagne mitarbeiteten, bereitete sich Irland auf die Abstimmung über die Gesetzgebung zur gleichgeschlechtlichen Ehe vor, und wir wollten der Hassrede entgegenwirken, die ohne Zweifel zu erwarten war. Aufgrund der im Rahmen dieser Kampagne gewonnenen Erfahrungen gehen wir

davon aus, dass die vorgeschlagene Volksabstimmung über die Abschaffung des Abtreibungsverbots in Irland als nächster Auslöser für verstärkte Hassrede fungieren wird. Diskussionen dieser sehr umstrittenen Thematik werden für viele sehr schmerzhaft sein. Die „No Hate Speech“-Kampagne wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass beide Seiten diese Diskussion respektvoll führen.

Genauso intensiv arbeiten wir daran, Gesetze gegen Hassdelikte verabschiedet zu sehen. Irland ist eines von nur zwei europäischen Ländern, in denen es keine solchen Gesetze gibt. Wir glauben nicht, dass man Hassrede auf dem Gesetzesweg angehen kann, weil sie so schwer zu definieren ist, aber eben deshalb ist eine starke Basiskampagne gegen Hassrede umso wichtiger.

Kannst du ein Beispiel für die positive Wirkung der Kampagne auf lokaler oder nationaler Ebene geben?

Wir sehen, dass wir selbst ohne Kernfinanzierung und mit einem sehr kleinen Team von Jugendbotschafterinnen und Jugendbotschaftern einen Unterschied bewirken. Man weiß, dass es uns gibt, dass wir präsent und sensibilisiert sind und bei Bedarf eingreifen. Durch unsere aktive Vorbildrolle und die Beobachtung von Trends erkennen wir, dass sich immer mehr Menschen mit uns gegen Hassprediger solidarisieren und dass sich immer mehr Online-Posts für Opfer einsetzen und Hassrede entgegentreten. Die Online-Kultur verändert sich zu einer, in der Menschen keine Angst haben, Diskriminierung beim Namen zu nennen.

Wir haben Politiker erlebt, die sich für beleidigende Kommentare entschuldigt haben. Manche von ihnen wurden aus ihren Parteien oder von Wahlen ausgeschlossen. Twitter arbeitet sehr gut mit uns zusammen, ebenso Facebook.

Auf kommunaler Ebene sehen wir Jugendgruppen, in denen vor ihrem Engagement für unsere Kampagne Hassrede und voreingenommene Sprache benutzt wurden, die sie jetzt aber durch Aktionen wie Flashmobs direkt bekämpfen. Andere Gruppen haben Videos produziert, die eine starke Botschaft über die Bedeutung der Solidarität und des Eintretens für andere vermitteln. Jugendliche sagen uns, dass sie jetzt innehalten und keine hasserfüllten Posts mehr online stellen, wenn sie wütend sind, sondern konstruktivere Wege finden, um Meinungsverschiedenheiten auszudrücken.

Wir haben als Teil unserer Kampagne in Irland Jugendbotschafterinnen und -botschafter geschult, die über die eigenen Facebook- und Twitter-Plattformen der „No Hate Speech“-Kampagne regelmäßig in den sozialen Medien präsent sind. Dort posten sie hauptsächlich Gegen-Narrative, um positive Botschaften gegen Diskriminierung lebendig und aktiv zu halten. Außerdem halten sie an Schulen, bei Jugendgruppen und an Universitäten Präsentationen.

Welche Herausforderungen haben sich dir gestellt?

Die Kampagne gegen Hassrede in Irland steht vielfachen Herausforderungen gegenüber. Wir verfügen über keine Kernfinanzierung, sodass wir für die Kam-

pagne keine Koordinatorinnen oder Koordinatoren beschäftigen können, weder in Vollzeit noch in Teilzeit. Alle unsere Jugendbotschafter/-innen haben mit der Schule, Universität oder Arbeit viel zu tun und daher nur begrenzt Zeit, und das schränkt unsere Wirkung ein. Wir sind stark auf die Mitarbeit an europaweiten Projekten angewiesen, um unser Team von Jugendbotschafterinnen und Botschaftern weiterzubilden.

Die Durchführung der Kampagne selbst ist schwierig: Wer möchte schon junge Menschen auffordern, nach Hassrede zu suchen? Wir haben das Glück, dass einige Mitglieder unseres nationalen Aktionskreises diese Aufgabe teilweise übernehmen, indem sie Screenshots machen, uns auf Vorfälle hinweisen und Wiederholungstäter notieren. Als Online-Kampagne sind wir außerdem hauptsächlich im selben organischen Raum unterwegs, in dem Online-Kommunikation stattfindet – ein Raum, der für ehrenamtliche Laien nur schwer zu manipulieren und erfolgreich zu beeinflussen ist. Als soziale Wesen tendieren wir zu anderen mit ähnlichen Grundeinstellungen, sodass unser Online-Einflusskreis meistens aus Menschen mit ähnlichen Anschauungen besteht. Wenn wir über diesen Kreis hinausgehen möchten, müssen wir mehr Jugendgruppen, Schulen und Universitäten besuchen, aber der Aufbau dieser Kapazität erfordert Zeit und Geld. Wir haben für die Kampagne in Irland eine großartige Vision und möchten insbesondere enger mit Nordirland zusammenarbeiten, suchen dort aber noch nach einem Schlüsselpartner. Trotzdem – wir haben mit sehr geringen Mitteln einen wesentlich stärkeren Eindruck hinterlassen als wir je für möglich gehalten hätten.

DIE KAMPAGNE GEGEN HASSREDE IN SERBIEN

Schaffung einer soliden Basis als Voraussetzung für eine nachhaltige Kampagne:

Aleksandra Knežević, Koordinatorin der Kampagne in Serbien

Wir haben den Gedanken einer Kampagne gegen Hassrede und andere negative Phänomene der Online-Community sehr gerne aufgegriffen, sobald er auf europäischer Ebene aufkam. Wir sehen darin das richtige Instrument, um das Thema in unsere nationalen und kommunalen Realitäten einzubringen. Wir lasen Forschungsarbeiten, die besagten, dass Jugendliche in Serbien bis zu 15 Stunden täglich online sind, ohne über den Cyberspace angemessen informiert zu sein. Das war der Auslöser, der uns zur Teilnahme an der Kampagne bewegte, sobald sie offiziell startete.

Für uns verfolgt die Kampagne zwei Ziele: Sie vermittelt jungen Menschen, dass negatives Verhalten im Internet genauso schwer wiegt und die gleichen Konsequenzen hat wie in der realen Welt und dabei das Leben junger Menschen ernsthaft beeinträchtigen kann. Gleichzeitig zeigt sie Jugendlichen, wie nützlich das Internet sein kann und welch sinnvollen Zugang es zu Informationen ermöglicht, die für ihre Bildung und Mobilität, ihren Aktivismus und ihre Freizeit wichtig sind. Einfach ausgedrückt ist die Botschaft der Kampagne folgende: Nutze den Cyberspace nicht, um Zorn und Frustration über andere Menschen hinter einer Maske

der Anonymität auszulassen, sondern nutze deine Zeit online, um an dir selbst zu arbeiten, dein Wissen und deinen Horizont zu erweitern und neue Kontakte zu knüpfen. Wir beschlossen auf der Grundlage einer nationalen Situationsanalyse, einen zweigleisigen Ansatz zu verfolgen, indem wir einerseits Negativität bekämpfen und ihr andererseits all die positiven Aspekte des Internets gegenüberstellen.

Wir verbrachten viel Zeit damit, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen. Wir folgten Richtlinien für die Bildung eines multisektoralen, gemäß dem Prinzip der Mitbestimmung organisierten Arbeitsgremiums um sicherzustellen, dass jede Stimme gehört und alle Ideen berücksichtigt würden. Wir informierten und schulten verschiedene Stakeholder (zum Beispiel Lehrkräfte, Journalistinnen, Journalisten, NGOs, Studierende) und zählten bei ihrem weiteren Engagement innerhalb der Kampagne auf ihren Multiplikatoreffekt. Wir förderten spezifische Online- und Offline-Aktivitäten auf lokaler Ebene im Vertrauen, dass alle unsere Partner in ihrem jeweiligen Kontext auf Bedürfnisse und Prioritäten eingehen würden, und wir setzten uns für die Aufnahme von Themen gegen Hassrede in strategische, lokale Aktionen ein – all dies im Wissen, dass der richtige strategische Rahmen zur Langlebigkeit solcher Themen auf der lokalen Agenda beitragen würde. Diese Grundlagen erwiesen sich später, als wir den ersten Herausforderungen begegneten, für die Nachhaltigkeit der Kampagne als äußerst wichtig.

Zugleich nutzten wir verschiedene Kommunikationskanäle und -instrumente, um unsere Hauptzielgruppe anzusprechen und die Themen der Cybersicherheit und der Bekämpfung von Online-Hassrede auf die Agenda lokaler und nationaler Akteure zu setzen. Wir wussten, dass wir pädagogische und PR-Aspekte nicht voneinander trennen konnten, und gaben inhaltlichen Aspekten dieselbe Priorität wie Fragen der Sichtbarkeit. Unser wichtigstes Ziel war es, möglichst viele Menschen so anzusprechen, dass sie die Kampagne als hilfreich, nachvollziehbar und zugänglich empfinden würden. Wir wollten unseren Bürgerinnen und Bürgern die Gedanken und Zielsetzungen der Kampagne näher bringen und mussten daher Kanäle nutzen, die ganz normale Menschen erreichen. Unseren größten Erfolg erzielten wir über den Sport, und während sich die Verbindung zwischen Sport und der Bekämpfung von Online-Hassrede auf den ersten Blick vielleicht nicht erschließt, nahm die Öffentlichkeit die vorgestellten Gedanken bereitwillig auf. Schließlich ist Sport für die Verbreitung von Informationen und die Förderung positiver sozialer Werte ein wichtiger Kommunikationskanal. Als die Öffentlichkeit ihre Lieblingsspieler/-innen T-Shirts mit starken Botschaften gegen Hassrede tragen sah (erst online, dann sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt), begann sie auch, unseren anderen Aktionen Aufmerksamkeit zu schenken. Berühmte Sportler/-innen beteiligten sich an der Kampagne und verbreiteten Botschaften über angemessene Internetnutzung, einschließlich Risiken und negativer Konsequenzen online in sozialen Netzwerken geäußerter Aggression oder Gewalt gegen verschiedene Gruppen. In unserem sportbegeisterten Land fielen diese Botschaften bei der Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden.

Diese positiven nationalen Erfahrungen mit der Kampagne wurden von Aktionen auf lokaler Ebene getragen, darunter Veranstaltungen zur Verbreitung von Informationen und Wissen und zum Aufbau von Kapazitäten. Über 80 Gemeinden setzten ihre eigenen Aktionen gegen Hassrede um. Die Investition in Menschen

war der beste Aspekt der Kampagne: Sie sorgte dafür, dass die Kampagne auch dann relevant und aktiv blieb, als sich auf nationaler Ebene die ersten Herausforderungen stellten. In Serbien geschah dies, als die für die Umsetzung verantwortliche Institution ihren Fokus änderte und die Kampagne aus ihren Prioritäten herausnahm. Dieser Verlust einer klaren Orientierungshilfe und Koordination war glücklicherweise nur ein kurzfristiges Problem, denn lokale Strukturen organisierten sich schon bald selbstständig und stellten Ressourcen der Kommunalverwaltungen sowie weiterer nationaler und internationaler Sponsoren bereit. Dies war der beste Beweis dafür, dass die „No Hate Speech“-Kampagne auf eine ausreichend solide Grundlage gestellt worden war, um ihre Tragfähigkeit unter allen Umständen zu wahren.

